

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Roth, Hans Berger, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Lieselott Blunck (Uetersen), Hans Martin Bury, Anke Fuchs (Köln), Lothar Ibrügger, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Walter Kolbow, Dr. Karl-Heinz Klejdzinski, Dr. Elke Leonhard-Schmid, Christian Müller (Zittau), Herbert Meißner, Albert Pfuhl, Peter W. Reuschenbach, Otto Schily, Ernst Schwanhold, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Dietrich Sperling, Hermann Bachmaier, Holger Bartsch, Arne Börnsen (Ritterhude), Dr. Fritz Gautier, Peter Conradi, Dieter Maaß (Herne), Albrecht Müller (Pleisweiler), Adolf Ostertag, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Hans-Eberhard Urbaniak, Wolfgang Weiermann, Jochen Welt, Helmut Wieczorek (Duisburg), Dr. Norbert Wieczorek, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Eine sich selbst verstärkende Rezession durch kompetente Wirtschaftspolitik abwenden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Deutschland befindet sich in einer Rezession. Der Abschwung der westdeutschen Konjunktur droht in eine sich selbstverstärkende und länger andauernde Rezession einzumünden. In Ostdeutschland ist ein sich selbsttragender Aufschwung nicht in Sicht. Wichtige Bereiche der Industrie sind weggebrochen und brechen weiter weg.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hat schon jetzt Massenarbeitslosigkeit verursacht.

2. Notwendig ist jetzt eine kompetente, antizyklische Wirtschaftspolitik, die im Einklang steht mit einer auf Konsolidierung angelegten Finanzpolitik. Mit sozial ausgewogenen und ökonomisch sinnvollen Umschichtungen vom konsumtiven zum investiven Bereich muß die Stärkung von Konjunktur und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen verbunden werden. Diese Maßnahmen führen auch zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und zu einer nachhaltigen Stärkung von Wachstum und Beschäftigung und darüber hinaus zu einer Sanierung der Staatsfinanzen. Notwendig sind in ganz Deutschland längerfristig angelegte Investitionen, um die Leistungsfähig-

keit der Wirtschaft zu erhöhen, die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft voranzubringen und die Konjunktur nachhaltig zu stärken. Bei der Modernisierung der wirtschaftlichen und ökologischen Infrastruktur besteht ein erheblicher Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen. Um die insbesondere im Osten notwendigen Investitionen möglichst rasch in Gang zu bringen, müssen Genehmigungsverfahren beschleunigt und die Ressourcen auf Schwerpunkte konzentriert werden.

3. Die Investitionstätigkeit in den Unternehmen muß nachhaltig erhöht werden. Notwendig ist dafür u. a. eine aufkommensneutrale Unternehmensteuerreform für mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze. Dabei muß vor allem auch die Investitionskraft der kleinen und mittleren Unternehmen gestärkt werden.
4. Notwendig ist ein international koordiniertes Vorgehen zur Wiederbelebung der Weltkonjunktur. Dazu gehört insbesondere eine zwischen Finanz- und Geldpolitik abgestimmte Senkung des internationalen Zinsniveaus und die Belebung des Welthandels. Er ist auf eine sichere Grundlage zu stellen, indem die GATT-Verhandlungen rasch zu einem vernünftigen Abschluß gebracht werden.
5. Durch eine aktive Technologie- und Strukturpolitik muß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert und die Erschließung neuer Märkte erreicht werden. Eine soziale Marktwirtschaft verlangt auch eine Industriepolitik, mit der die Anstrengungen für die Sanierung mittelfristig wettbewerbsfähiger Treuhandunternehmen in den neuen Ländern entscheidend verstärkt wird. Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, muß Arbeit finanziert werden. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik verbunden mit Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung muß endlich Vorrang erhalten vor der Finanzierung von Arbeitslosigkeit.
6. Die unsolide Haushaltspolitik der Bundesregierung hat weiter zu einem Konflikt zwischen Geld und Finanzpolitik geführt. Sie hat durch den großen Anstieg der Staatsverschuldung den Anstieg des Zinsniveaus verursacht. Die hohen Zinsen sind ein Haupthindernis für Investition in neue Arbeitsplätze und neue Wohnungen. Der Anstieg der Staatsverschuldung auch während des durch die Nachfrage nach Konsumgütern angestrebten Wirtschaftswachstums in Zeiten des Vereinigungsbooms hat den Kapitalmarkt stark belastet. Die Zinsbelastung der privaten Unternehmen und der öffentlichen Haushalte sind besorgniserregend hoch. Durch die hohen Zinsen und die Ausschöpfung des Kapitalmarktes sind der Finanzpolitik enge Grenzen gesetzt, wenn sie konjunkturpolitisch gegensteuern will. Deshalb ist ein wachstumsförderndes Umlenken der Mittel in Investitionen dringend erforderlich.
7. Die Haushaltspolitik des Bundes muß es der Bundesbank ermöglichen, ihren Beitrag zur Stärkung von Investitionen und Beschäftigung zu leisten und den Weg für allgemeine Zinssenkungen freizumachen.

8. Die Bundesregierung muß endlich Klarheit über die Lage der Staatsfinanzen schaffen. Notwendig ist deshalb, nicht nur von der Stunde der Wahrheit zu reden, sondern auch die Tatsachen ohne jede Verschleierung darzustellen. Zu dieser Darstellung gehört nicht nur die Darlegung der Situation des Bundeshaushaltes, sondern auch die Darstellung der augenblicklichen Finanzierung durch die unterschiedlichen Einkommensschichten und die Finanzierung durch die unterschiedlichen Erwerbstätigen (Selbständige, Beamte, Lohn- und Gehaltsbezieher usw.).
9. Die Darstellung der Haushaltslage ist um klare Vorstellungen hinsichtlich der zukünftigen Finanzierung insbesondere durch Ausgabenkürzungen, Umschichtungen und Einnahmeverbesserungen zu ergänzen.
10. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot und der Stärkung der Binnenkonjunktur muß ein gesamtdeutsches Wohnungsbau- und Sanierungsprogramm aufgelegt werden.
11. Zu der Konjunkturkrise tritt jetzt noch eine Strukturkrise in vielen Branchen hinzu, beispielsweise in der Automobil-, Metall- und Textilindustrie; ganz augenfällig ist die Krise bei Kohle und Stahl.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um

1. die Konjunktur in Westdeutschland zu stabilisieren und zu stimulieren,
2. die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Begünstigung von längerfristigen Investitionen und die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft zu verbessern,
3. durch eine aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform die Risikobereitschaft der Unternehmer zu stärken, um Investitionen und Arbeitsplätze zu begünstigen,
4. den Welthandel durch international abgestimmtes Handeln und durch einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen zu beleben,
5. den Bundeshaushalt mittelfristig auf einen Konsolidierungspfad zu bringen,
6. die „Gerechtigkeitslücke“ bei der Finanzierung der Einheit zu schließen,
7. die Voraussetzungen für Zinssenkungen durch die Finanzpolitik der Bundesregierung zu schaffen,
8. den drohenden Verteilungskampf abzuwenden und durch Gespräche mit Gewerkschaften und Unternehmern ein Programm zu entwickeln, welches qualitatives, also nachhaltiges Wachstum, Stabilität und Beschäftigung sichert. Die Bundesbank ist an diesen Gesprächen zu beteiligen.
9. den Wohnungsneubau und die -sanierung durch effizientere Programme zu verstärken,

10. ein Zukunftsinvestitionsprogramm Ost zur ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft aufzulegen,
11. die Modernisierung der in der Treuhand verbliebenen Unternehmen tatkräftig voranzutreiben,
12. den Export aus den neuen Bundesländern zu stärken. Unkonventionelle Konzepte müssen umgesetzt werden,
13. eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, die die Folgen der massiven Arbeitsplatzverluste auffängt,
14. eine nationale Stahlkonferenz einzuberufen, um mit den Betroffenen, Arbeitnehmern, Unternehmen, Ländern und Kommunen Maßnahmen zur Überwindung der Montankrise und auch zur sozialen Abfederung von unvermeidlichen Arbeitsplatzverlusten zu verabreden.

Bonn, den 3. März 1993

Wolfgang Roth
Hans Berger
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Lieselott Blunck (Uetersen)
Hans Martin Bury
Anke Fuchs (Köln)
Lothar Ibrügger
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Walter Kolbow
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
Dr. Elke Leonhard-Schmid
Christian Müller (Zittau)
Herbert Meißner
Albert Pfuhl
Peter W. Reuschenbach
Otto Schily
Ernst Schwanhold
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

Dr. Dietrich Sperling
Hermann Bachmaier
Holger Bartsch
Arne Börnsen (Ritterhude)
Dr. Fritz Gautier
Peter Conradi
Dieter Maaß (Herne)
Albrecht Müller (Pleisweiler)
Adolf Ostertag
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ludwig Stiegler
Dr. Peter Struck
Hans-Eberhard Urbaniak
Wolfgang Weiermann
Jochen Welt
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Dr. Norbert Wieczorek
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Rezession. Das vom Sachverständigenrat vorhergesagte „Nullwachstum“ stellt die Entwicklung im Jahresdurchschnitt dar. Da er von einem leichten Anstieg in der zweiten Jahreshälfte ausgeht, bedeutet dies zunächst eine Phase mit Schrumpfung.

Die Bundesregierung stellt sich darauf ein, daß die Schrumpfung auch in der zweiten Jahreshälfte anhalten könnte.

Die Ursache für diese Entwicklung ist zum einen in der labilen Weltkonjunktur einerseits, aber auch in der rezessiven Entwicklung der Binnenkonjunktur zu sehen. Dabei besteht die große Gefahr, daß sich die augenblickliche Schrumpfung zu einer sich selbstverstärkenden und länger andauernden Rezession weiterentwickelt.

Diese drohende Gefahr muß abgewendet werden.

Die inkompetente Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung, beginnend mit der Währungsunion, hat diese verheerende Entwicklung ausgelöst. Das kurze wirtschaftliche Strohfeuer im Zusammenhang mit der großen Nachfrage nach der Herstellung der Einheit, hat den Blick auf die von der Bundesregierung gemachten Fehler kurzfristig verstellt. Da aber die Bundesregierung die tatsächlich vorhandenen Probleme nicht wahrhaben wollte, treten sie jetzt verschärft auf. Das Ergebnis davon ist, daß statt Aufbau Ost nun noch ein Aufschwung West zu konstatieren ist.

Das Unvermögen der Bundesregierung, der bestimmt nicht geringen Probleme Herr zu werden, durch eine kompetente Wirtschafts- und Finanzpolitik entschlossen gegenzusteuern, läßt auch ihre Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren vor der Einheit in einem anderen Licht erscheinen.

Der vorgebliche Erfolg in dieser Zeit beruht nicht auf eigener Leistung oder Kompetenz, sondern auf sinkenden Energie- und Rohstoffpreisen. Wirtschaftspolitische Kompetenz und Leistung sind aber in Schönwetterperioden wenig gefordert, sie können und müssen erst in so schwierigem wirtschaftlichen Fahrwasser gezeigt werden, in dem sich Deutschland heute befindet.

Jetzt gilt es, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Der Bundeshaushalt ist umgehend auf einen Konsolidierungspfad zu bringen. Dabei darf die schwache wirtschaftliche Entwicklung aber nicht durch deflationäres Verhalten völlig zum Erliegen gebracht werden. Deshalb ist ein Umschichten von konsumtiven hin zu investiven Ausgaben dringend geboten. Diesen Weg schlägt das Konsolidierungsprogramm nicht ein. Die dort geplanten Einschnitte stellen eine Gefahr für den letzten Rest von positiven wirtschaftlichen Entwicklungen dar. Die Nachfrageseite wird nicht angemessen berücksichtigt.

Nicht alles, was wünschbar ist, ist auch finanzierbar. Deshalb sind im Rahmen von Umschichtungen auch Streckungen bei vielen Maßnahmen unverzichtbar. Auch über Einnahmeverbesserungen sind in diesem Zusammenhang Entscheidungen zu treffen, um einer weiteren Verunsicherung durch nebulöse Ankündigungen entgegenzuwirken. Im Rahmen der Umsetzung dieses Maßnahmenbündels ist darauf zu achten, die bestehende „Gerechtigkeitslücke“ zu schließen und keine neue zu eröffnen.

Eine gemeinsame Anstrengung aller kann den Weg aus der Krise weisen, wenn dabei auf eine soziale Ausgewogenheit bei der Verteilung der zwangsläufig aufzubringenden Lasten geachtet wird. Die soziale Ausgewogenheit darf auch nicht wie in der Vergangenheit als „Sozialneid“ diffamiert werden.

Der bedeutsame Fehler der Bundesregierung, die Opferbereitschaft der Bevölkerung leichtfertig durch nicht eingehaltene Versprechungen und eine nicht nachvollziehbare Wirtschafts- und Finanzpolitik zu verspielen, muß durch Wahrheit, Klarheit und

Verhandlungsbereitschaft aller politischen Kräfte reaktiviert werden.

Die Zukunft der politischen, wirtschaftlichen und insbesondere der sozialen Struktur der Bundesrepublik Deutschland wird unmittelbar von der Akzeptanz eines Verzichts auf Konsumzuwachs abhängen, der nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Reallohnsteigerung ist.

Hier müssen alle Möglichkeiten der Einbeziehung eines Investivlohns zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ausgenutzt werden. Damit wäre sichergestellt, daß nicht alle Anteile einer Lohnsteigerung für den Konsum zur Verfügung stehen.

Es muß jedem klar werden, daß die weltpolitischen Veränderungen seit 1989 alle betreffen und die anstehenden Probleme nicht mit einer Fortschreibung alter steuerungspolitischer Instrumentarien in den Griff zu bekommen sind.

Nur im Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen ist eine Lösung möglich. Die Politik hat hier die Verantwortung, eine tragfähige Lösung zusammen mit den Betroffenen zu erarbeiten und dann unverzüglich umzusetzen.

